



HESSISCHER LANDTAG

05. 07. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Freie Fahrt für freie Bürgerinnen und Bürger – 9-Euro-Ticket verlängern, Kapazitäten ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die hohe Nachfrage nach der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Das 9-Euro-Ticket macht die Nutzung von Bussen und Bahnen für mehr Menschen attraktiv. Es entlastet die Menschen von steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten und ist ein wichtiger Beitrag zu einer sozialen und ökologisch sinnvollen Verkehrswende.
2. Der Landtag stellt fest, dass Preissenkungen im öffentlichen Personenverkehr der richtige Weg sind – und nicht Preiserhöhungen, wie sie beispielsweise ungeachtet des Erfolgs des 9-Euro-Tickets zum 1. Juli im Rhein-Main-Verkehrsverbund wirksam wurden. Mittelfristig ist ein Nulltarif anzustreben.
3. Der Landtag stellt weiterhin fest: Volle Züge durch hohe Nachfrage sind kein grundsätzliches Problem, sondern im Gegenteil Nachweis des Erfolgs. Angesichts der Klimaziele im Verkehrssektor muss der Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel gegenüber der Autonutzung erheblich steigen. Die Fahrgastzahlen im ÖPNV müssen bis 2030 mindestens verdoppelt und langfristig vervielfacht werden. Die Infrastruktur und das Bedienungsangebot müssen nicht nur mithalten, sondern sollten der Nachfrage möglichst einen Schritt voraus sein. Davon ist die Lage in Hessen derzeit weit entfernt. Dass die Kapazitäten für die erhöhte Nachfrage nicht kurzfristig erhöht werden konnten, liegt auch an nicht in ausreichender Zahl vorgehaltenem Rollmaterial von Bussen und Bahnen – auch eine Folge von Ausschreibungslogik und Sparzwängen der Vergangenheit.
Gleichwohl fordert der Landtag die Verkehrsverbünde auf, kurzfristig die Kapazitäten zu erhöhen. Dies muss geschehen, durch die Öffnung der ersten Klasse für alle Reisenden, Verlängerung der Züge insoweit dies möglich ist und Bedarf besteht sowie die Einrichtung neuer Buslinien und Verkürzung der Takte. Wir wollen das Leben in vollen Zügen genießen, aber nicht in überfüllten! Letzteres schreckt Menschen ab, in den ÖPNV umzusteigen.
4. Der Landtag stellt fest, dass eine Lehre aus dem 9-Euro-Ticket auch ist, dass günstige Fahrpreise wenig nutzen, wo kein oder nur ein rudimentäres ÖPNV-Angebot existiert. Insbesondere Teile des ländlichen Raums sind effektiv von Bus und Bahn abgehängt. Und wer für seine Mobilität sowieso ein Auto anschaffen und unterhalten muss, nutzt dieses dann auch.
5. Der Landtag stellt fest, dass nicht nur der Städte- und Gemeindebund die Fortführung einer stark vergünstigten Dauerfahrkarte fordert, sondern auch der Verbraucherzentralen Bundesverband und der Sozialverband Deutschland. Der Landtag begrüßt daher ausdrücklich Überlegungen der Bundesregierung, die – laut eines dem „Handelsblatt“ vorliegenden Entwurfs für ein Klimaschutzsofortprogramm – erwägt, das Prinzip des 9-Euro-Tickets als „Klima-Ticket“ fortzuführen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auch über den Bundesrat auf den Bund Einfluss zu nehmen, dass dieser
 - a) das Angebot des 9-Euro-Tickets bis mindestens Ende des Jahres 2022 fortsetzt und die Mittel dafür verstetigt, nicht nur aufgrund des verkehrspolitischen Erfolgs und für den Klimaschutz, sondern auch, weil die hohen Energie- und Lebenshaltungskosten weiterhin gegeben sein werden,

- b) die bisherigen Regionalisierungsmittel an die Länder erhöht, um das Angebot auszubauen,
 - c) erhebliche Investitionen in die Infrastruktur vornimmt, um den notwendigen massiven Neu- und Ausbau von Schienenstrecken sowie deren barrierefreien Umbau voranzutreiben,
 - d) zur Finanzierung u.a. dieser Maßnahmen eine Übergewinnsteuer für die Mineralölkonzerne und andere Krisengewinner einführt sowie klimaschädliche Subventionen abschafft, wie etwa für Dienstwagen.
7. Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und anderen Ländern ein Konzept zur sukzessiven Angebotsausweitung zu erarbeiten, insbesondere in städtischen Randbereichen und im ländlichen Raum, mit dem Ziel einer Verdopplung der Fahrgäste im ÖPNV bis 2030 und für dauerhaft niedrigere Preise im ÖPNV bis hin zum Nulltarif.
8. Die Landesregierung wird aufgefordert, für den Fall, dass der Bund nicht ausreichend tätig wird, selbst noch in diesem Jahr ein Konzept zur Senkung der Fahrpreise vorzulegen und in der Folge ein hessenweites günstiges Ticket für alle einzuführen.
Zur Finanzierung soll Hessen im Bundesrat eine Initiative für eine Übergewinnsteuer starten und eine alternative Nahverkehrsfinanzierung zu ermöglichen, etwa mittels Unternehmensabgaben für die ÖPNV-Erschließung.
9. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bemühungen um den Ausbau von bestehenden Schienenstrecken und die Reaktivierung von stillgelegten Strecken aktiv – und im Einvernehmen mit den Kommunen federführend – voranzutreiben und dem Landtag noch in dieser Legislaturperiode einen konkreten Zeitplan für Reaktivierungen vorzulegen. Die Kommunen können diese wichtige Aufgabe nicht alleine stemmen. Wichtige Projekte sind in Hessen beispielsweise der Ausbau der Odenwald- und Vogelsbergbahn für einen dichteren Takt oder die Reaktivierungen von Ahrtal-, Gersprenztal-, Lumdatal-, Ohmtal-, Salzbödebahn, Solmsbachtal- und Weiltalbahn sowie der Bahnstrecken Alsfeld – Bad Hersfeld, Treysa – Homberg (Efze), Hungen – Laubach, Waldmichelbach – Mörtenbach, Baunatal – Naumburg und Wächtersbach – Bad Orb.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 5. Juli 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske